

Frühtherapie von HIV mit antiviralen Arzneimitteln zulässig



Eine Therapie mit antiretroviralen Arzneien ist in jedem Stadium einer HIV-Infektion zulässig, stellt der G-BA klar.

Bei begründetem Verdacht auf eine mögliche HIV-Infektion kann die Anwendung antiviraler Arzneimittel als Frühtherapie zum Einsatz kommen. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) Mitte April mitgeteilt. Hintergrund für die Klarstellung seien „bestehende Unsicherheiten in der Versorgung“.

Der G-BA betont, dass eine Therapie mit antiretroviralen Arzneimitteln in jedem Stadium einer Infektion mit dem Humanen Immundefizienz-Virus (HIV) zulassungskonform ist. Relevant ist dies vor allem bei Patienten, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer HIV-Infektion ausgegangen werden muss, bei denen das Ergebnis des Labortests aber noch nicht

vorliegt. In diesem speziellen Fall könne sinngemäß von einer Frühtherapie gesprochen werden. „Maßgeblich für die Frage, ob es sich potenziell um eine Frühtherapie handelt, ist die Einschätzung des Risikos, ob es bei der Exposition zu einer Übertragung von HI-Viren gekommen ist“, heißt es. Diese Einschätzung müsse im Einzelfall durch den behandelnden Arzt erfolgen und lasse sich nicht generalisieren. Wichtig dabei: Ein zulassungsüberschreitender Einsatz („Off-Label-Use“) liege dann nicht vor. Bislang wurden in solchen Fällen antiretrovirale Arzneimittel mit der Unsicherheit einer Zu-

lassungsüberschreitung verordnet, da sie nicht explizit zur Postexpositionsprophylaxe zugelassen sind. Das hat laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) in der Vergangenheit vereinzelt zu Regressanträgen von Krankenkassen geführt „mit der Folge, dass viele Ärzte die Arzneimittel nicht mehr zur postexpositionellen Prophylaxe einer HIV-Infektion verordnen“.

Für konkrete Handlungsanleitungen zur Erhebung des Infektionsrisikos vor einer labordiagnostischen Bestätigung verweist der G-BA auf die gemeinsame Leitlinie der Deutschen und Österreichischen AIDS-Gesellschaft. Hausärzte finden sie online: <https://hausarzt.link/mSAJ6>

Pflege: Über 25.000 Fachkräfte fehlen

In der Alten- und Krankenpflege sind deutschlandweit mehr als 25.000 Fachkraftstellen nicht besetzt. Zudem fehlen rund 10.000 Hilfskräfte, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervorgeht. Demnach waren 2017 im Schnitt 14.785 offene Stellen in der Altenpflege gemeldet, in der Krankenpflege waren es 10.814. „Wir stehen vor einer echten Fachkräftekrise“, sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Die von Union und SPD im Koalitionsvertrag festgehaltenen 8.000 zusätzlichen Stellen im Pflegebereich (<https://hausarzt.link/pHz49>) seien nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. „Wir fordern ein umfassendes Pflege-Sofortprogramm mit je 25.000 zusätzlichen Pflegefachkraftstellen für die Alten- und Krankenpflege“, betonte Göring-Eckardt.

Im Mai veranstalten die Grünen eine „Pflegewoche“, in der Abgeordnete sich in ihren Wahlkreisen in Heimen und Krankenhäusern über die Lage informieren.

